ANSICHTSSACHE

Verbotene Früchte

Von Wilfried Hub

Selbst auf die Gefahr hin, dass Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer wieder unterstellt, man würde Angst schüren, wenn man die düstere Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau beleuchtet: Doch sollte die geplante Änderung des Gesellschaftsvertrags, die am Donnerstag in Zwickau bereits beschlossen wurde, auch im Plauener Stadtrat eine Mehrheit finden, sieht die Zukunft unseres Theaters sogar sehr düster aus. Plauen kommt dann ganz schnell auf die Verliererstraße.

Es ist richtig, dass Zwickau nach aktuellem Plan nochmal mehr Geld für das fusionierte Theater bezahlen soll (oder will) als Plauen. Eine Änderung des Gesellschaftsvertrags und der Sitzverteilung im Aufsichtsrat ist deshalb aber nicht zwingend erforderlich. Derzeit gibt es Stimmengleichheit im Aufsichtsrat, obwohl Zwickau jetzt schon mehr bezahlt. Künftig soll Zwickau sieben und Plauen nur noch drei Sitze haben. Damit hat Plauen de facto kein Mitspracherecht mehr.

Wie blauäugig muss man sein, anzunehmen, dass trotzdem alle Plauener Rechte gewahrt bleiben. Oberbürgermeister Oberdorfer glaubt daran. Aber was soll die Änderung dann? Tatsache ist, dass dann alle wichtigen Entscheidungen so fallen wie Zwickau das will: Bestellung des Intendanten, Spielplan, Schließung einzelner Sparten – alles würde künftig von Zwickau allein entschieden. Das hat mit der oft beschworenen partnerschaftlichen Fusion auf Augenhöhe nichts mehr zu tun. Nicht zu vergessen, dass auch die Stadt Plauen jährlich Millionenbeträge in die Theater-GmbH zahlt und ein großer Anteil der Zuschauer das Plauener Haus besucht, was auch Einnahmen bringt.

Das Thema ist ohne Frage komplex. Da spielt der Kulturpakt des Freistaates eine Rolle, über den zusätzliches Geld ins Theater fließen könnte. Eng damit verbunden ist der Haustarifvertrag, der, möchten die Städte dem Kulturpakt beitreten, aufgekündigt werden muss. Das bedeutet höhere Löhne für die Mitarbeiter, aber auch das Ende der Arbeitsplatzgarantie. Wie lange der Freistaat zahlt, ist unklar. Jedenfalls ist bis jetzt noch von keiner dauerhaften Theaterfinanzierung die Rede. Zieht sich der Freistaat zurück, müssten die Städte die höheren Kosten selbst aufbringen. Ob die Stadt Plauen diese Kosten in ein paar Jahren tragen kann und will, ist ebenfalls unklar.

Und damit sind wir auch schon bei des Pudels Kern. Oberbürgermeister und Kämmerin wollen sparen: Das ist okay und nachvollziehbar. Aber Sparmaßnahmen zu Lasten der wichtigsten Kultureinrichtung der Stadt sind abzulehnen. Um der Stadt Plauen die ab 2019 erforderlichen zusätzlichen Kosten für Strukturmaßnahmen zu erleichtern, sind sich die Zwickauer Oberbürgermeisterin Pia Findeis und der Plauener Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer einig, den Finanzierungsanteil der Stadt Plauen von gegenwärtig 40 auf 32,5 Prozent zu reduzieren.

Das klingt gut. Aber der Preis für die finanzielle Entlastung ist einfach zu hoch. Eine „feindliche" Übernahme unseres Theaters durch Zwickau dürfen wir nicht zulassen. Der Plauener Stadtrat sollte die geplante Änderung des Gesellschaftsvertrags ablehnen und damit ein Bekenntnis zum Theater ablegen. Dann bleibt der aktuelle Grundlagenvertrag nämlich bis 2020 gültig, das Finanzierungsverhältnis 60 Prozent Zwickau und 40 Prozent Plauen allerdings auch. Die höheren Kosten müssen wir eben aufbringen.

Die Stadt hat die Zusage für Zuschüsse von 50 Millionen Euro von Bund und Land erhalten. Eigenmittel sind bei Investitionen mit diesem Programm nicht erforderlich. Bereits geplante und jetzt frei werdende Mittel könnten also zur Theaterfinanzierung verwendet werden. Ja, ich kenne den Unterschied zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Da muss eben umgeschichtet werden. Aber wenn der Wille da ist, dann geht das schon.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen 1. Advent. Besuchen Sie in den nächsten Tagen mal eine Vorstellung in unserem Theater. Es lohnt sich.